

Personen ohne Lehrabschluss droht immer mehr die Armut

Mehr als jede zwei zweite Person, die Sozialhilfe bezieht, hat keine Lehre absolviert. Früher gelang es den meisten trotzdem, eine existenzsichernde Arbeit zu finden. Das hat sich geändert. Nun versuchen die Sozialdienste, Betroffenen eine Ausbildung zu ermöglichen. Aber das gelingt nicht immer.

Interview: Daniel Fleischmann

Wer Sozialhilfe bezieht, findet nur schwer wieder Arbeit. Wie vielen Personen gelingt es trotzdem?

In der Schweiz bezogen 2020 272'100 Personen Sozialhilfe. 27 Prozent konnten sich im Verlaufe des Jahres ablösen, ein knappes Drittel davon, weil sie eine Erwerbstätigkeit aufgenommen haben. Das ist eine gute Quote. Aber die Zahl versteckt das wahre Problem. Denn vielen Betroffenen gelingt es nicht, eine Arbeit zu finden, mit der sie ihre Existenz sichern können. Ein Viertel der Leute in der Sozialhilfe ist erwerbstätig; aufgrund von Betreuungspflichten oder weil sie in einem Tieflohnbereich arbeiten reicht ihr Einkommen aber nicht aus.

Warum finden sie keine existenzsichernde Arbeit?

Viele leiden unter gesundheitlichen Einschränkungen und können nicht Vollzeit arbeiten. Zudem hat mehr als die Hälfte der Menschen in der Sozialhilfe keinen nachobligatorischen Abschluss. Und wenn der fehlt, ist's schwer, einen existenzsichernden Lohn zu erzielen. Das war vor zwanzig, dreissig Jahren anders, als die Industrie auch Personen ohne Bildungsabschluss vergleichsweise gut bezahlte Arbeit bot.

Sind das häufig auch Stellen, die befristet sind?

Befristet oder in anderer Weise prekär – zum Beispiel kleine Pensen, Arbeit auf Abruf, Leiharbeit, saisonale Stellen. Menschen ohne Ausbildung finden kaum mehr einen Arbeitgeber, der sie an sich binden und über Weiterbildungen qualifizieren möchte. Das führt dann häufig zu Drehtüreffekten: Mindestens jede zweite Person ist wiederkehrend auf Sozialhilfe angewiesen, einzelne fünf Mal und noch mehr.

Das Klima ist kälter geworden?

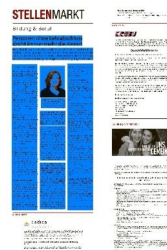
Zumindest sind Einkommen und Arbeitsplatzsicherheit viel stärker an das Bildungsniveau gekoppelt als früher. Arbeitnehmende müssen flexibel sein und rasch auf sich wandelnde und komplexe Anforderungen reagieren können. Einfachere Routearbeiten werden digitalisiert, automatisiert oder ins Ausland verlagert. Selbst bei öffentlichen oder nichtgewinnorientierten Organisationen haben der Effizienz- und Kostendruck zugenommen.



Dr. Michelle Beyeler ist Professorin an der Berner Fachhochschule, Soziale Arbeit: «Löhne, mit denen die Existenz nicht gesichert werden kann, sollten verschwinden.»

Vor vier Jahren hat die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) vorgeschlagen, Sozialhilfebeziehende nicht mehr möglichst rasch in den Arbeitsmarkt zu integrieren, sondern auszubilden. Warum?

Die Devise «Arbeit statt Sozialhilfe», die sich in den frühen Nullerjahren durchgesetzt hat, basierte auf der Vorstellung, dass Menschen, welche staatliche Unterstützung beanspruchen, arbeiten könnten, aber es nicht wollen. Man drängte die Leute in Arbeitsprogramme oder drohte mit der Kürzung von Leistungen. Heute wird immer deutlicher, dass es meist andere Gründe sind, warum sie keine existenzsichernde Arbeit finden – fehlende Bildung, eine angeschla-



gene Gesundheit, anspruchsvolle familiäre Umstände. Jetzt heisst die Devise «Arbeit dank Bildung».

Sie haben im Auftrag der im Auftrag der Städteinitiative Sozialpolitik untersucht, wie erfolgreich dieser Paradigmenwechsel ist. Welches sind die wichtigsten Ergebnisse?

Wir haben die verantwortlichen Personen der Sozialdienste von 33 Städten befragt und sehen, dass das Bewusstsein, dass Bildung wichtig ist, vorhanden ist. So vereinbaren Sozialdienste Bildungsziele, wenn die Klientinnen und Klienten Bildungsdefizite haben. Niederschwellige Bildungs-massnahmen wie Sprachkurse oder Kurse für Pflegehelfende werden sehr häufig ermöglicht. Auch die berufliche Bildung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen hat hohe Priorität. Aber wir sehen auch, dass die Handlungsspielräume zur Förderung von Bildung von Erwachsenen über 25 Jahren noch sehr unterschiedlich sind. So verzich-

ten viele Personen ohne Schweizer Pass auf grössere Bildungsinvestitionen, weil der Bezug von Sozialhilfe ihr Aufenthaltsrecht in der Schweiz gefährdet.

Gibt es besonders gute Beispiele?

Im Kanton Waadt etwa existiert seit 2017 das Programm Formad, über das Sozialhilfebeziehende ab 25 Jahren in eine berufliche Grundbildung eintreten können. Das Programm ist sehr erfolgreich, weil es auch Coachings umfasst. Ähnlich funktioniert das Programm «Enter» der Stadt Basel.

Fehlt manchmal das Geld zur Finanzierung von Bildungen?

Die Sicherung der Existenz während einer Ausbildung ist eigentlich Aufgabe des Stipendienwesens, nicht der Sozialhilfe. Allerdings sind gewisse Personengruppen vom Zugang zu Stipendien ausgeschlossen. Hier kann die Sozialhilfe teilweise einspringen. Zudem hilft sie den Betroffenen bei der Beantragung von Beiträgen von Stiftungen, beim Zugang zu spezialisierten Beratungen oder der Finanzierung der Kinderbetreuung.

Personen in der Sozialhilfe haben laut Ihrer Studie oft negative Bildungserfahrungen gemacht. Sind sie motiviert, sich aus- oder weiterzubilden?

Fehlende Motivation ist selten ein Grund, warum jemand keine Ausbildung macht. Zu beobachten ist eher, dass sich die Betroffenen schämen, keinen Lehrabschluss zu besitzen oder Hemmungen haben, sich auf eine Weiterbildung einzulassen. Wenn dann Hindernisse auftauchen oder Rückschläge passieren, die nicht einmal mit der Ausbildung zu tun haben müssen, droht nicht selten der Abbruch. Die in den Beispielen erwähnten Coachings sind darum sehr wichtig.

Was muss verändert werden, damit mehr Personen mit Sozialhilfe zurück in die Arbeitswelt finden?

Der Weg über Bildung ist richtig. Wichtig ist, dass das auch in kleinen Städten oder Gemeinden erkannt wird, die über einen weniger professionalisierten Sozialdienst verfügen. Ich sehe zudem die Arbeitgeber in der Pflicht. Löhne, mit denen die Existenz nicht gesichert werden kann, sollten verschwinden.

Link zur Studie: <https://t1p.de/22epc>